

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 8. November 2018

Antrags-Nr. 18-F-29-0007

Der Verantwortung bewusst - ein umfassendes Mobilitätsleitbild umsetzen - Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden nimmt vielfach zentrale Funktionen wahr. Sie ist an erster Stelle Heimat ihrer Bürger, zugleich aber auch Standort zahlreicher Unternehmen und Arbeitgeber, des Handels, der Kultur durch ein vielfältiges Angebot verbunden. Sie ist Hort historischer Eingebundenheit, zentraler Kongress- und Medizinstandort und attraktives Reiseziel.

Dies bedingt nicht nur eine gute Erreichbarkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden, sondern insbesondere die Notwendigkeit den unterschiedlichen auch individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten zur Teilhabe am Verkehr gerecht zu werden.

Die bisherigen Verkehrskonzepte sind an ihre Grenzen geraten, es bedarf der umgehenden Anpassung an die gegenwärtigen wie insbesondere zukünftigen Erfordernisse, um eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität in der Landeshauptstadt zu erreichen.

Eine moderne Verkehrspolitik muss Schwerpunkte neu setzen, einen Interessenausgleich zwischen dem motorisierten Individualverkehr (MIV), dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrradfahrern und Fußgängern vornehmen und Optionen für neue Verkehrsmittel schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein umfassendes Mobilitätsleitbild zu erstellen, das

- den vielfältigen Bedürfnissen und Interessen der Bürger gerecht wird und Lösungen aufzeigt;
- Verkehrs- und Mobilitätsplanung ganzheitlich als kontinuierlich sich verändernden Prozess versteht und fortschreibt;
- den motorisierten Individualverkehr auch in seiner künftigen Entwicklung etwa im Sinne der E-Mobilität, des autonomen Fahrens etc. berücksichtigt;
- den Öffentlichen Personennahverkehr stärkt und zu einem attraktiven, insbesondere auch die Stadtteile Wiesbadens umfassenden, niederschwelligen System ausbaut;
- dabei ergebnisoffen eine Prüfung unterschiedlicher innerstädtischer Verkehrsträger des ÖPNV (E-Busse, Wasserstoff- oder Gasantriebe, autonom fahrende Busse, schienengebundene Fahrzeuge, vermehrte Ausweisung von Busspuren) vornimmt;
- die Potenziale des Radverkehrs konsequent ausschöpft und ausbaut;
- dem Fußgängerverkehr Raum gibt und ihn durch kurze Wege erleichtert;
- Verkehrsmittel intelligent miteinander verknüpft und die unterschiedlichen Verkehrsmittel als gegenseitige Ergänzung betrachtet;
- durch Neu- und Ausbau von Parkgaragen, durch Bewirtschaftung sowie digitale Zugangsund Steuerungssysteme den ruhenden Verkehr für Anwohner, Pendler und Besucher

Seite: 1/2

- optimiert, insbesondere auch durch mehr Effizienz von Parkplätzen durch Mehrfachnutzung (Tag-/Nachtnutzung);
- innerörtlichen Wirtschaftsverkehr strukturiert mit der Tendenz, diesen, wo möglich, zu bündeln und durch alternative Transportmöglichkeiten den gesundheitlichen und klimatischen Bedürfnissen der Landeshauptstadt Wiesbadens anzupassen;
- Durchgangsverkehre vermeidet;
- ein digitales Verkehrsleitsystem implementiert, das sowohl die Verkehrsvolumina wie aber auch umwelt- und klimaschonend steuert;
- Leitplanken für Verkehrsentwicklungsplan und Stadtentwicklungskonzept bereitstellt und mit diesen korrespondiert.

Bei der Entwicklung des Mobilitätsleitbildes sollen ausdrücklich innovative Ansätze ohne Denkverbote verfolgt werden. Die einzelnen Verkehrsträger sollen keiner pauschalen Priorisierung unterliegen, sondern entsprechend ihren spezifischen Stärken und Schwächen bestmöglich miteinander kombiniert werden. Es soll ein aufeinander abgestimmtes, sich ergänzendes und zukünftig leicht anpassbares Konzept geschaffen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bei dem Prozess eingebunden werden.

Beschluss Nr. 0484

Der Antrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 31.10.2018 betr.

Der Verantwortung bewusst - ein umfassendes Mobilitätsleitbild umsetzen

wird durch den Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP (18-F-24-0002) vom 08.11.2018 ersetzt.

Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung Wiesbaden, .11.2018

Gabriel

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat

Wiesbaden, .11.2018

Dezernat V Gerich

mit der Bitte um Kenntnisnahme Oberbürgermeister

Seite: 2/2